

**An das Landgericht Berlin
Rehabilitierungskammer**

Ich beantrage, die nachstehend bezeichnete strafrechtliche Entscheidung für rechtsstaatswidrig zu erklären und aufzuheben und mich damit zu rehabilitieren.

Zu meiner Person mache ich folgende Angaben:

Familienname: _____ Geburtsname: _____

Vorname(n): _____

Geburtstag: _____ Geburtsort: _____

Wohnsitz heute: _____

Telefonisch erreichbar: _____

Wohnsitz zum Zeitpunkt der Strafverfolgung: _____

Zur Sache mache ich folgende Angaben: (bei mehreren Strafverfahren müssen die Angaben für jedes Verfahren gesondert gemacht werden)

Verurteilendes Gericht 1. Instanz (Ort und Bezeichnung des Gerichts): _____

Tag der Entscheidung: _____ Aktenzeichen: _____

Verurteilendes Gericht 2. Instanz (Ort und Bezeichnung des Gerichts): _____

Tag der Entscheidung: _____ Aktenzeichen: _____

Mit mir wurden folgende Personen angeklagt / verurteilt: _____

Schuldspruch (Welche Straftat hat das Gericht angenommen ? Weswegen sind Sie verurteilt worden ?) : _____

Rechtsfolgenausspruch (Welche Strafe ist verhängt worden ?) : _____

Zeitpunkt der Inhaftierung: _____ Zeitpunkt der Entlassung: _____

Orte der Inhaftierung (alle Haftanstalten angeben): _____

Geldstrafe / Verfahrenskosten / Verteidigergebühren
bezahlt / nicht bezahlt / in Höhe von _____
(Nichtzutreffendes streichen, Höhe angeben)

Die Entscheidung soll vollständig / nur teilweise aufgehoben werden.
(Nichtzutreffendes streichen. Bei Beschränkung des Antrages angeben, welcher Teil der Entscheidung aufgehoben werden soll)

Zur Begründung meines Antrages trage ich vor:
Die Entscheidung ist mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar, weil (Zutreffendes ankreuzen und weitere Angaben machen)

sie politischer Verfolgung gedient hat,
(schildern Sie den Anlaß Ihrer Verurteilung / Verfolgung)

die angeordneten Rechtsfolgen in groben Missverhältnis zu der zugrundeliegenden Tat stehen
(erforderlich sind Angaben zu der Tat sowie zu der verhängten Strafe)

sie aus sonstigen Gründen „unvereinbar“ im Sinne von § 1 Abs. 1 StrRehaG ist
(Gründe für die „Rechtsstaatswidrigkeit“ der Entscheidung so präzise wie möglich beschreiben)

Ich habe vor dem 3. Oktober 1990 in der Bundesrepublik einen / keinen (Nichtzutreffendes streichen)
Antrag auf Unzulässigkeit der Vollstreckung nach § 15 des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Straf-
sachen (RHG) gestellt. Die Vollstreckung ist durch Bescheid des Generalstaatsanwaltes
_____ vom _____ gemäß § 15 RHG
teilweise / vollständig (Nichtzutreffendes streichen) für unzulässig erklärt worden.

Ich habe nach Entlassung aus dem Freiheitsentzug einen / keinen (Nichtzutreffendes streichen) Antrag auf
Anerkennung als Berechtigter nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Häftlingshilfegesetz (HHG) gestellt.
Ich bin durch Bescheinigung des
_____ vom _____ als „politischer
Häftling“ (Berechtigter nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 HHG) anerkannt und habe bereits Leistungen nach dem HHG erhalten.

Ich füge zum Nachweis folgende Unterlagen in Ablichtung bei (Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen):

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Anklageschrift | <input type="checkbox"/> Urteil |
| <input type="checkbox"/> Entlassungsschein | <input type="checkbox"/> Zahlungsbelege |
| <input type="checkbox"/> Schreiben aus dem alten Strafverfahren | <input type="checkbox"/> Schriftwechsel meines damaligen Verteidigers |
| <input type="checkbox"/> Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG | <input type="checkbox"/> sonstiges: |
| <input type="checkbox"/> Bescheid über die Unzulässigkeit der Vollstreckung nach § 15 RHG | |

Über weitere Unterlagen verfüge ich nicht!

_____, den _____ Datum _____ Unterschrift

Ort

Datum

Unterschrift